

Kommunalwahlprogramm Lüneburg 2011

GRÜNE STADTGESELLSCHAFT

ökologisch, sozial gerecht, zukunftsweisend, für alle Generationen

Vorwort	4
1. Klimaschutz, Energieversorgung, Ressourcennutzung und ökologische Landschaftsentwicklung vor Ort zukunftsfähig gestalten!	6
Vorrang für Erneuerbare Energien	6
Verwaltungen haben Vorbildfunktion	8
Ökologische Energie selbst erzeugen - Stadtwerke für Lüneburg	9
Nachhaltige Kommunalentwicklung, Ökologische Stadtentwicklung: Ökologisch entwickeln statt grenzenlos wuchern	10
Klimaschonende Mobilität	12
Landschaftsentwicklung: öko-logisch!	16
2. Bildung ist Zukunft!	17
Schule – neu denken, anders lernen!	17
Stärkung einer breiten außerschulischen Bildungslandschaft	20
Eine nachhaltige Hochschule für die Region	20
Frühkindliche Bildungschancen verbessern	22
Ausbau der Krippenplätze	23
Verbesserung der Situation von Kindertagesstätten	24
Partizipation von Kindern und Jugendlichen	25
Mehr Raum für Kultur schaffen	26

3. Für einen Green New Deal und nachhaltige Finanzen	29
Arbeit und Wirtschaft	29
Niemand ist überflüssig!	31
Green New Deal	32
Finanzen auf gesunde Füße stellen	32
4. Soziale Teilhabe – kommunal gestalten	35
Kommune heißt Miteinander und Füreinander	35
Soziale Konfliktlagen und gesellschaftliche Ungleichheit	37
Klinikum	38
Eine ökologische Stadt für alle Generationen	38
Gleichberechtigung aktiv durchsetzen!	42
Lebendige Demokratie beginnt vor Ort	43
Vielfalt und Weltoffenheit in der Kommune	44
Willkommen in Deutschland	45
Statt halbherziger Symbolpolitik echte Teilhabe ermöglichen	46
Eine starke Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit	47

Vorwort

Unser politisches Engagement steht unter dem Motto »Global denken – lokal handeln«; Bürgernähe, Transparenz und direkte Mitbestimmung aller Bürgerinnen und Bürger bilden das Fundament unserer politischen Arbeit vor Ort. Wir Grüne wollen eine lebendige Demokratie in Lüneburg. Diese lebt von der Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger. Wir brauchen daher vielfältige Möglichkeiten zum Mitreden, Mitmachen und Mitentscheiden. Lüneburg braucht das Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger mehr denn je.

Der Klimawandel und die demografische Entwicklung sind zwei der hauptsächlichen Zukunftsaufgaben unserer Stadt. Politische Maßnahmen müssen ihre Wirksamkeit vor allem auf kommunaler Ebene entfalten, weil dort die Menschen leben. Vielerorts steht dafür aber nicht das notwendige Geld zur Verfügung, auch in der Hansestadt Lüneburg hat sich die Finanz- und Wirtschaftskrise negativ ausgewirkt: Notwendige Investitionen werden nicht systematisch und gezielt genug vorgenommen, weil die möglichen Mittel nur zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden. Die so genannten freiwilligen Leistungen werden gekürzt, Einrichtungen der allgemeinen, sozialen und kulturellen Daseinsvorsorge bekommen nicht die notwendige Förderung.

Für uns gilt in diesen Zeiten ganz besonders: Qualität vor Quantität. Deshalb fordern wir eine systematische und auf Nachhaltigkeit gerichtete Stadtentwicklung und die Abkehr von der Wachstumsphilosophie. Wo möglich, müssen klimaschädliche Branchen beschränkt und Erneuerbare Energien, ökologische Landwirtschaft, Bildung und das Gesundheitswesen gefördert werden. Der verschwenderische Umgang mit Ressourcen ist nicht zu verantworten.

Wir stehen für Demokratie, Klimaschutz, Ressourcenschutz, soziale Teilhabe sowie Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit. Wir fordern das Prinzip der Nachhaltigkeit auf allen Politikfeldern ein.

Auf einen Blick:

- ➔ globales Denken, lokales Handeln
- ➔ mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger
- ➔ Qualität vor Quantität: Systematische und nachhaltige Stadtentwicklung

1. Klimaschutz, Energieversorgung, Ressourcennutzung und ökologische Landschaftsentwicklung vor Ort zukunftsfähig gestalten!

Wir sind die politische Kraft, die für Klimaschutz und nachhaltige Energie- und Umweltpolitik steht. Klimaschutz ist eine globale Aufgabe, die auch in den Kommunen umzusetzen ist.

Ziel der Grünen ist es, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um mindestens 40% im Vergleich zu 1990 zu senken und die Anstrengungen zur Deckung des verbleibenden Energiebedarfs aus 100% Erneuerbaren Energien massiv zu erhöhen.

Dafür wollen wir die Kapazität vorhandener Leitungsnetze voll ausschöpfen. Zur Erreichung des 100%-Ziels aus Erneuerbaren Energien sind die zügige Ergänzung des bestehenden Stromnetzes und der Aufbau dezentraler Energiespeicher unumgänglich. Wo neue Leitungen notwendig sind, sollen Erdkabel auch im Höchstspannungsbereich grundsätzlich Vorrang vor Freileitungen erhalten.

Vorrang für Erneuerbare Energien

Atom- und Kohlestrom dürfen nicht mehr verbraucht werden. Wir fordern daher, in allen öffentlichen Einrichtungen (Verwaltungen, Schulen, Stadtteilhäuser, Schwimmbäder, etc.) den Wechsel zu »echten« ökologischen Stromanbietern.

Regionale Energiegewinnung bietet große Chancen, Arbeitsplätze zu schaffen und regionale Wertschöpfung zu betreiben. Wir wollen in Zusammenarbeit mit dem Landkreis unsere Potenziale zur Gewinnung regenerativer

Energien optimal nutzen: Energiegewinnung aus Windkraft, Solartechnologie, Wasserkraft, Biomasse und Erdwärme sollen im Rahmen der ökologischen und menschlichen Verträglichkeit vorangetrieben werden.

Die Bürgerinnen und Bürger sowie die Betriebe in der Region sollen optimal an der Wertschöpfung regenerativer Energien beteiligt werden. Wir unterstützen BürgerInnenwindparks und BürgerInnensolaranlagen (auch auf den Dächern der Innenstadt!) und Eigentümerinnen und Eigentümer mit entsprechenden Programmen bei der energetischen Sanierung ihrer Wohnungen und Häuser. Außerdem fördern wir alle Maßnahmen, die dem Aufbau einer dezentralen Energieversorgung (z.B. Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen) dienen.

Wir wollen eine Energieagentur einrichten, die Konzepte zur Energieerzeugung und -einsparung entwickelt. Diese Agentur soll von der Stadt betrieben werden, gemeinsam mit anderen AkteurlInnen, wie den Solarinitiativen, der Wohnungsbaugesellschaft (LüWoBau), der Handwerkskammer, der Industrie- und Handelskammer und freien EnergieberaterInnen. Sie bietet den Bürgerinnen und Bürgern kompetente, möglichst kostenfreie Beratung zu Fragen der Verbesserung der Energieeffizienz.

Wir wollen Klimaschutz als Teil des Umweltschutzes als Querschnittsaufgabe in der Stadt verankern, daher sollen bei allen Planungen (z.B. bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen) und im gesamten Beschaffungswesen Ökobilanzen erstellt werden. Das kann beispielsweise geschehen für das neue Dach der Bibliothek, die Heizungsanlage einer Grundschule oder das einzusetzende Dämmmaterial für das Rathaus.

Zusätzlich zu den sinkenden Betriebskosten bei öffentlichem Gebäudebestand profitieren von diesen Maßnahmen auch die Handwerksbetriebe und Unternehmen vor Ort.

Auf einen Blick:

- ➔ Ökostrom in allen öffentlichen Einrichtungen
- ➔ Regionale Energiegewinnung stärken
- ➔ BürgerInnen an Wertschöpfung beteiligen
- ➔ Einrichtung einer Energieagentur
- ➔ Klimaschutz als Querschnittsaufgabe: Ökobilanzen

Verwaltungen haben Vorbildfunktion

Öffentlichen Gebäudebestand energetisch zu sanieren und Erneuerbare Energien sichtbar und optimal zu nutzen muss für die Stadt Pflichtaufgabe sein. Bei allen politischen Beschlüssen und jedem Verwaltungshandeln müssen die ökologischen und sozialen Folgen berücksichtigt und nicht nur ihre finanziellen Auswirkungen geprüft werden. Das gilt für Bauplanungen genauso wie im kommunalen Beschaffungswesen. Das Personal ist in Hinblick auf Energie-Effizienz und -Einsparungen zu schulen.

Wir wollen, dass die Stadt Initiativen und Firmen unterstützt, die sich für nachhaltiges Wirtschaften einsetzen. Produkte, die unter menschenverachtenden Bedingungen produziert wurden, dürfen von der Stadt nicht bestellt, bzw. beschafft werden. Lüneburg soll zu einer Fairtrade-Stadt werden. Ist die entsprechende Struktur etabliert, soll sich die Stadt am Procura+-Handbuch des ICLEI (weltweiter Verband von Kommunen für Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung) orientieren und das nachhaltige Beschaffungswesen entsprechend weiter ausbauen.

Auf einen Blick:

- ➔ Öffentlichen Gebäudebestand energetisch sanieren
- ➔ Erneuerbare Energien sichtbar nutzen
- ➔ Nachhaltige Stadt: Auszeichnung als Fairtrade-Stadt, anschließend gesamte Beschaffung nachhaltig gestalten

Ökologische Energie selbst erzeugen - Stadtwerke für Lüneburg

Lüneburg braucht wieder eigene Stadtwerke. Neue Stadtwerke zu gründen, erfordert sowohl Kapital zum Rückkauf des Stromnetzes, als auch die Bereitschaft, bestehende Strukturen aufzulösen. Der Weg zu eigenen Stadtwerken ist in Lüneburg nur in einem mehrstufigen und komplexen Verfahren realisierbar.

Folgendes Vorgehen ist vorstellbar:

1. Die Hansestadt Lüneburg gründet die »Stadtwerke Lüneburg Gesellschaft«.
2. Die Kurzentrum Kurmittel GmbH wird aus der Gesundheitsholding herausgelöst und in die Stadtwerke Lüneburg Gesellschaft überführt.
3. Die Anteile an der E.ON Avacon AG werden veräußert und in Anteilen eines neuen operativen Partners (regenerativer Energieerzeuger) angelegt.
4. Mit diesem Partner kann dann sofort das Geschäft gestartet werden.
5. Aus den Gewinnen der Stadtwerke Lüneburg werden eventuell auftretende Defizite aus dem laufenden Betrieb der bisherigen Kurzentrum Kurmittel GmbH ausgeglichen und Investitionen in erneuerbare Energieerzeugung in Lüneburg getätigt.
6. Zu einem späteren Zeitpunkt, etwa ein bis zwei Jahre vor dem Auslaufen der Konzessionsverträge, firmiert die Gesellschaft in eine Genossenschaft um. Dadurch entsteht die Möglichkeit, dass sich die Lüneburger BürgerInnen selbst an ihren Stadtwerken beteiligen können.
7. Durch diese Kapitalerhöhung und einer, sofern erforderlichen, teilweisen Veräußerung von Aktien des operativen Partners, können dann nach Auslaufen der Konzessionsverträge die Netze zurückgekauft werden.

Mit diesem Vorgehen wird es aus unserer Sicht möglich, eigene Stadtwerke aufzubauen, die vollständig regenerative Energien anbieten und gänzlich in kommunaler bzw. BürgerInnen-Hand sind. Gleichzeitig können die E.ON Avacon Aktien abgestoßen werden, ohne dass wir befürchten müssen, das SaLü nicht weiter betreiben zu können.

Nachhaltige Kommunalentwicklung, Ökologische Stadtentwicklung: Ökologisch entwickeln – statt grenzenlos wuchern

Prinzipiell hat die Sanierung von Gebäuden Vorrang vor Neubau, denn das schont Ressourcen und Energie. Sind Neubauten erforderlich, ist bei den verwendeten Materialien die Ökobilanz zu beachten. Für Neubaugebiete sollen durch Eigenvermarktung der Flächen oder durch städtebauliche Verträge Vorgaben für Energiestandards mit dem Bebauungsplan festgelegt werden. Neubauten sollten nur noch als Nullenergiehäuser oder Plusenergiehäuser erlaubt werden.

Wir wollen »Land gewinnen«. Durch die Ausweisung immer neuer Baugebiete wird die freie Landschaft eingeengt und zu viel unversiegelter Boden geht verloren. Wir fordern die verbesserte Gestaltung und Nutzung der vorhandenen Innenbereiche. Außerdem sollen die öffentlichen Räume aufgewertet werden, so dass sich für die Bürgerinnen und Bürger mehr Möglichkeiten eröffnen, diese unentgeltlich zu nutzen. Eine weitere Ausdehnung der privatwirtschaftlichen Nutzung wird beschränkt.

Den unsinnigen Wettbewerb der Städte und Gemeinden bei der Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbegebiete wollen wir unterbinden. Dazu setzen wir auf Kooperation zwischen den Gemeinden und streben interkommunale Gewerbegebiete an. Um den Innenraum zu entwickeln und Flächen zu sparen bedarf es der intensiven Einbindung der Bürgerinnen und Bürger.

Wir fordern die Stärkung des innerstädtischen Handels und erteilen Mega-Märkten auf der grünen Wiese eine Absage. Baulücken und Industriebrachen müssen systematisch erfasst und ihre Nachnutzung geprüft werden. Da solche Lücken auch ökologische Nischen darstellen, ist ein sorgfältiges Management nötig. Wenn Gewerbebetriebe stillgelegt werden, sind deren Grundstücke zu sanieren, notfalls auch mit staatlicher Förderung.

Wir treten ein für eine ökologische Stadtentwicklung. Hier sind unsere konkreten Projekte:

- Umsetzung eines Aktionsplans zur Landschaftsplanung und zum Naturschutz
- Überarbeitung des Flächennutzungsplans nach ökologischen Kriterien
- Gründung eines Fachbeirates Stadtbildpflege und Stadtgestaltung zur Sicherung der alten Bausubstanz und der Denkmäler
- Grüngürtel-Konzept Lüneburg: Sicherung der Naherholungsflächen zwischen Reppenstedt, Adendorf und Lüneburg
- Keine Umgehungsstraße durchs Ilmenautal bei Adendorf/Bardowick
- Ausweisung neuer Naturschutzgebiete, Anlegen eines neuen Stadtteilparks am Meisterweg
- Grün statt Beton (Entsiegelungsprogramm für die Stadt)
- Bau einer neuen Fußgänger- und Radfahrerbrücke im Tiergarten
- Aktionsplan Neuanlage von Waldflächen und Nachpflanzungen von Stadtbäumen
- Umsetzung des Grünen Naherholungs- und Tourismus-konzeptes »Blickpunkte in und um Lüneburg«
- Sicherung der Frischluftschneise im Bereich Gut Wienebüttel/ Kreideberg
- Umwidmung der Theodor-Körner-Kaserne in neue Wohn- und Gewerbeflächen

- Unterstützung der Kleingartenvereine in Lüneburg: Keine Umwidmung in Bauland
- Einführung eines städtischen Luftmessprogramms zur Feinstaubentwicklung am verkehrsreichen Stadtring und in der Innenstadt
- Bei neuen Baugebieten wird die Umsetzung so genannter Nahwärmekonzepte vor Einzelfeuerungsanlagen geprüft
- Die städtische Wohnungsbaugesellschaft (LüwoBau) soll die Modernisierung des Wohnungsbestandes nach Klimaschutz- und Energiesparkriterien fortsetzen und ausweiten
- Keine Vertragsverlängerung für den Luftsportverein über 2014 hinaus

Auf einen Blick:

- ➔ Aufbau der Stadwerke Lüneburg
- ➔ Sanierung vor Neubau (ausschließlich Null-/Plusenergiehäuser)
- ➔ Aufwertung und Ausweitung unentgeltlicher öffentlicher Räume
- ➔ verstärkte Kooperation mit Gemeinden für die Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebieten
- ➔ Stärkung des innerstädtischen Handels: Keine Märkte auf der grünen Wiese
- ➔ Schließung des Luftsportvereins
- ➔ Gründung eines Fachbeirates Stadtgestaltung
- ➔ Grüngürtel-Konzept Lüneburg
- ➔ Grünes Naherholungs- und Tourismuskonzept:
»Blickpunkte in und um Lüneburg«
- ➔ Städtisches Luftmessprogramm
- ➔ Nahwärme für neue Baugebiete

Klimaschonende Mobilität

Grüne Verkehrspolitik ist Querschnittsaufgabe. In der Stadtentwicklungspolitik werden die Grundlagen zur Verkehrsver-

meidung gelegt. Die bisherige strikte Trennung von Industriegebiet, Wohngebiet und Einkaufszone gilt es aufzuweichen, denn die Dienstleistungsgesellschaft bietet neue Möglichkeiten des Zusammenlebens. Konzepte, wie das Einkaufszentrum Bilmmer Berg, das derzeit nahezu ausschließlich mit dem privaten PKW erreichbar ist, lehnen wir ab. Hier müssen kurzfristig eine ÖPNV-Anbindung und gut gestaltete Fuß- und Radwege eingerichtet werden.

Reine Wohngebiete sind in Zukunft zu vermeiden und zu durchmischen mit Arbeitsstätten, die wenig Emissionen verursachen. So können neue Formen von Wohnen und Arbeiten am selben Ort verwirklicht werden. Unser Leitgedanke sind kleinteilige, dezentrale Strukturen.

Zwar brauchen wir für unseren Lebensstil und unser Wirtschaftssystem Mobilität. Unter den bereits sehr guten Bedingungen in der Bundesrepublik Deutschland geht es aber eher um eine Optimierung bestehender Verkehrswege und einen intelligenten Umgang mit Mobilität, als um das Festhalten an der die Umwelt belastenden und Kosten treibenden Straßenbaupolitik. Dabei muss die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern schnellstmöglich verringert werden. Der Bau immer neuer oder größerer Straßen (A39) ist rückwärtsgewandt und wird daher von uns abgelehnt.

Als Grüne wollen wir KFZ-Verkehr so weit wie möglich verringern, sowohl beim Gütertransport als auch bei der Personenbeförderung. Darum muss der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) und der schienengebundene Transport ausgebaut und optimiert werden.

Lüneburg muss mit der Metropole Hamburg noch besser vernetzt werden. Dafür bedarf es einer ganztägigen und halbstündlichen Metronom-Express-Anbindung zum Hamburger Hauptbahnhof. Der überregionale schienengebundene Güterverkehr sollte möglichst aus der Stadt verlagert werden.

Die verbleibenden Güterzüge müssen leiser werden, um die Anwohnerinnen und Anwohner vor Lärm und Erschütterungen weitgehend zu schonen.

Der Stadtbusverkehr soll durch folgende Maßnahmen verbessert werden:

- Taktverdichtungen
- längere Tageslaufzeiten
- Einsatz von Bussen mit höchsten Umweltstandards
- Einführung einer Qualitätsorientierung im Beförderungsservice
- Übernahme der HVV-Standards
- Ausschreibung des Lüneburger Busverkehrs zur nächst möglichen Gelegenheit
- Ganzjährige kostenlose Nutzung für alle Schülerinnen und Schüler der Stadt in der Tarifzone 807

Wir Grüne setzen uns für intelligente Mobilitätsformen ein. Gemeinschaftlich genutzte Autos sollen durch die Bereitstellung öffentlicher Stellplätze gefördert werden. Die Errichtung einer Ladeinfrastruktur für E-Mobile orientiert sich an diesen Stellplätzen und muss geplant werden.

Ein einheitliches, einfaches Ticketing für CarSharing, Taxen, ÖPNV, SPNV und Radverleih sind für uns ein wichtiger Baustein. Dazu gehört zwingend der Einsatz von Informations- und Kommunikationssystemen über Angebote (Pendlerportale), Zeiten, Verfügbarkeit, Kosten, etc... Prinzipiell gilt: Mobilität muss umwelt- und sozialverträglich gestaltet werden. Deshalb fordern wir die Einrichtung einer Mobilitätszentrale.

Unsere Straßen und Plätze müssen sicherer werden. Deshalb wollen wir mehr Möglichkeiten zum Verweilen, zum sozialen Miteinander und zum Spielen schaffen. Das zu Fuß gehen und Fahrrad fahren soll, wie bereits im VEP vereinbart, Vorrang haben! Die seit einigen Jahren bestehende Stagnation in diesem Bereich ist endlich zu beenden.

Wir fordern Gleichberechtigung bei der Aufteilung von Raum und Zeit im Verkehr, wie es in anderen Städten mit dem Konzept des »Shared Space« schon erfolgreich erprobt ist.

Wichtige Meilensteile dafür sind:

- Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h außerhalb der Hauptverkehrsstraßen
- Ausbau des Radwegenetzes: Vollständige bauliche Umsetzung des Radroutenplans und zügige Sanierung der verbleibenden Radwege in wenigen Schritten
- Vorrangschaltung von Ampeln für Radfahrer und Busse

Für Mobilität muss dringend mehr Geld in den städtischen Haushalt eingestellt werden. Die Durchfahrbarkeit der Innenstadt für die Radfahrer muss erhalten bleiben und an einigen Stellen nachgebessert werden (Lüner Straße). Fahrbahnoberflächen in der Innenstadt müssen so hergerichtet werden, dass sich FahrradfahrerInnen und FußgängerInnen gefahrlos bewegen können. Der historische Charakter soll erhalten bleiben.

Verkehrspolitik hat nicht nur eine infrastrukturelle Dimension. Wir wollen einen Mobilitätsbeauftragten mit eigenem Etat in die Stadtverwaltung einsetzen, um eine breite Förderung des nicht motorisierten Mobilitätsgedankens in seiner Wichtigkeit hervorzuheben. Nur so kann Lüneburg seinem Anspruch als klimaschonende, nachhaltige, umweltfreundliche und lebenswerte Stadt näher kommen. Ein Radwegebeauftragter allein ist nicht ausreichend.

Auf einen Blick:

- ➔ Verkehrsvermeidung
- ➔ kleinteilige, dezentrale Strukturen
- ➔ Auflösung der Trennung von Wohnen und Arbeiten
- ➔ Optimierung vorhandener Strukturen statt Neubau von Straßen (A39, Westumfahrung)

- ➔ Optimierung des ÖPNV: Busverkehr und Metronom
- ➔ Förderung gemeinschaftlicher Nutzung von KFZ
- ➔ Vorrang für FußgängerInnen und RadfahrerInnen
- ➔ Schaffung der Stelle einer/s Mobilitätsbeauftragten und Einrichtung einer Mobilitätszentrale

Landschaftsentwicklung: öko-logisch!

Die Landschaftsplanung muss ökologisch sinnvoll gestaltet werden. Dies gilt für die Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten und die konsequente Überwachung im Natur- und Gewässerschutz. Wir Grüne stehen für eine kreative Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelungen: Wir fordern Flächenpools, Ökokonten, Bündelung von Ausgleichsmaßnahmen, wo ein direkter Ausgleich vor Ort nicht möglich ist und eine konsequente Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Wir setzen uns für Biotopvernetzung und die umfassende Sicherung und Pflege von Flora-Fauna-Habitat-(FFH-) Gebieten ein. Lokale Naturschutzprojekte, wie Acker- oder Gewässerrandstreifenprogramme, finden unsere volle Unterstützung.

Dabei gilt unser Interesse dem Ausbau der sozial-ökologischen und regionalbezogenen Landwirtschaft. Wir wollen den Anteil des Ökolandbaus stetig vergrößern. Daher sollen in städtischen Einrichtungen wie Kantinen, Kindergärten, Schulen oder dem Städtischem Klinikum ökologische und regionale Produkte angeboten werden.

Unsere Region soll ausschließlich gesunde und gentechnikfreie Lebensmittel anbieten.

Dort, wo die Hansestadt Lüneburg oder ihre Stiftungen eigene Flächen haben, soll auf den Einsatz gentechnisch manipulierten Saatgutes oder veränderter Lebensmittel verzichtet werden. Wir unterstützen die Bemühungen für einen gentechnikfreien Landkreis Lüneburg.

Auf einen Blick:

- ➔ kreative Anwendung naturschutzrechtlicher Eingriffsregelungen: Einrichtung von Flächenpools und Ökokonten
- ➔ Unterstützung des Ausbaus der ökologischen Landwirtschaft in der Region
- ➔ nur noch ökologische und regionale Produkte in städtischen Einrichtungen (Schulen, Klinikum)
- ➔ gentechnikfreie Region Lüneburg

2. Bildung ist Zukunft!

Lüneburg steht vor der großen Herausforderung, trotz geringer finanzieller Mittel ein umfassendes und qualitativ hochwertiges Bildungsangebot für alle bereit zu stellen. Der demografische Wandel nimmt uns in die Pflicht: Wir brauchen mehr Einrichtungen der Kinderbetreuung, bessere Schulen, mehr Ausbildungs- und Studienplätze sowie neue Weiterbildungsangebote. So kann die Formel des ‚Lebenslangen Lernens‘ mit Leben gefüllt werden.

Schule – neu denken, anders lernen!

Schulträger und Schulen müssen mehr Entscheidungskompetenzen erhalten, denn vor Ort kann am besten entschieden werden, welche Anschaffungen nötig sind, wie der Kinder- und Elternwille bestmöglich umgesetzt werden kann und welche Lehrkräfte am geeignetsten sind.

Wir lehnen die Ungleichbehandlung verschiedener Schulformen ab, wie sie die derzeitige Landesregierung betreibt. Wir sprechen uns dafür aus, dass alle Kinder möglichst lange gemeinsam lernen. Mit der Einrichtung einer ersten Integrierten Gesamtschule in Lüneburg wurde schon ein Schritt in die richtige Richtung getan.

Auf einen Blick:

- ➔ Mehr Kompetenzen in die Hand der Schulträger und Schulen
- ➔ Gleichbehandlung aller Schulformen
- ➔ gemeinsames Lernen, so lange wie möglich

Wir fordern für die nächste Ratsperiode die Einführung einer zweiten Integrierten Gesamtschule als Ganztagsschule mit europaorientiertem und berufsorientiertem Schwerpunkt durch eine entsprechende Standortvorhaltung: Breite Sprachkompetenz, obligatorischer Austausch von LehrerInnen und SchülerInnen, Angebote zur Verbesserung des Verständnisses und der Toleranz gegenüber »Fremden« und Erlernen eines beruflichen Abschlusses parallel zum Abitur.

Weiter wollen wir die Förderung eines durchlässigen und vielseitigen Schulangebots unter Einschluss auch von Schulen mit speziellem Charakter (Modellschulen, Waldorf, Freie Schulen). Wir Grüne wollen Konkurrenz als Chance zur Verbesserung des Angebotes nutzen (Schulprofil).

Es soll eine freie Wahl der Schulform und freier Transport der SchülerInnen bis zum Abschluss der jeweiligen Schulform zur Schule geben. SchülerInnenzeitkarten sollen unabhängig von Schulbesuch und Schulentfernung gelten, um Mobilität ohne Abhängigkeit von Transportmöglichkeiten und -willen der Eltern zu gewährleisten - unter Einbeziehung des ferienbezogenen Niedersachsentickets. Inklusion wollen wir vor Ort umsetzen und lernschwache und behinderte SchülerInnen in Regelschulen integrieren, indem wir die dafür notwendigen personellen und baulichen Ausstattungen schaffen.

Der Ausbau der Schulen soll nach pädagogischen Bedürfnissen stattfinden. Wir wollen eine Erweiterung des Budgetrechtes der Schulen auch auf Bauinvestitionen sowie die Selbstbestimmung der Schulen über ihre Ausstattung mit Lern- und

Hilfsmitteln. Das Programm »Ökologisches Verhalten in der Schule« als ganzheitlicher Lernprozess für die Schulgemeinschaft soll weiterentwickelt werden. Wir Grüne wollen den bedarfsgerechten Ausbau aller Schulen zu Ganztagschulen mit Mensen, Nachmittagswahlangeboten, Aufenthaltsräumen und Schularbeitshilfen, sowie die Integration von Hortangeboten.

Die Mitbestimmungsrechte der Eltern müssen verbessert werden. Bei Mängeln der Schulverwaltungspolitik dürfen nicht die Eltern in die Pflicht genommen werden. (Renovierungen der Räume, Anschaffung von notwendigen Lernmaterialien).

Schule ist Angelegenheit aller Bürgerinnen und Bürger und muss daher aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Wir wollen mündige Bürgerinnen und Bürger, die sich in einer Demokratie aktiv engagieren. Deshalb sollen Schülerinnen und Schüler im gleichen Maße wie Eltern mehr Rechte zur Mitbestimmung erhalten.

Auf einen Blick:

- ➔ Errichtung einer zweiten Integrierten Gesamtschule
- ➔ Ausbau eines breiten Schulangebots
- ➔ Freier Transport der SchülerInnen
- ➔ Inklusion aller SchülerInnen in die Regelschule
- ➔ Ausbau aller Schulen zu Ganztagschulen
- ➔ Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Eltern- und Schülerschaft

Stärkung einer breiten außerschulischen Bildungslandschaft

Mit der Volkshochschule hat die Stadt eine hervorragende Möglichkeit, die Bildungs- und Kulturinteressen ihrer Bevölkerung zu fördern.

Dazu muss die VHS:

- durch eine ausreichende und verlässliche öffentliche Förderung eine gesunde finanzielle Basis erhalten
- ihr qualifiziertes Angebot durch motivierte und erfahrene Fachkräfte sicherstellen
- sich räumlich neu dauerhaft aufstellen können.

Einnahmen aus Teilnehmendenbeiträgen und von privaten und öffentlichen Nachfragern dürfen nicht über das »Wohl und Wehe« der VHS entscheiden. Das für das Gemeinwohl unabdingbar wichtige Angebot der sozialen und politischen Bildung muss unabhängig von der Gesamteinnahmesituation gewährleistet sein. Nur so trägt die VHS zur Bildung einer mündigen und mutigen BürgerInnengesellschaft im Wettbewerb mit anderen Trägern der Erwachsenenbildung bei.

Eine nachhaltige Hochschule für die Region

Lüneburg hat in den vergangenen 20 Jahren einen Wandel vollzogen: Von einem großen Bundeswehrstandort hin zu einer Hochschulstadt. Diese Zivilisierung brachte Lüneburg großes Potenzial – kreative Studierende und kritische Forschende. Vermeintliche Randfächer, wie die Kultur- und Umweltwissenschaften haben Lüneburg in der Lehr- und Forschungslandschaft bekannt gemacht. Die Fakultät für Nachhaltigkeit liefert wertvolle Beiträge zu einer zukunftsfähigen Entwicklung im Bereich der Erneuerbaren Energien.

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten entschied die Landesregierung, Fachhochschule und Universität zu einer Modellhochschule gemäß dem »Bologna-Prozess« zu entwickeln. Wir begleiten diesen Prozess seit Anbeginn kritisch und konstruktiv. Beim Bau des »Audimax« sehen wir die Chancen, die dies für die Stadt bringen kann. Daher unterstützen wir den Bau, sehen aber noch Verbesserungspotenzial bei der Konzeption des energieautarken Gebäudes. Die Studierendenzahlen

müssen mittelfristig wieder ansteigen. Lüneburg braucht die Studierenden und ihre maßgeblichen Beiträge im sozialen, kulturellen und politischen Bereich. Zudem tragen sie maßgeblich zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region bei.

Die Universität ist einer der größten Arbeitgeber der Region und Ideenmotor. Die Fördermittel der Europäischen Union im Rahmen des Innovationsinkubators ermöglichen viele Projekte, die eine nachhaltige Entwicklung der Region befördern sollen. Wir wünschen uns eine verbesserte Vernetzung von Politik, öffentlicher Verwaltung, Unternehmen und Verbänden der Region mit der Hochschule, um diese vorhandenen Ressourcen noch besser zu nutzen. Nachhaltigkeitsziele, wie die Energieautarke Region, können mit der Hochschule gemeinsam entwickelt werden. Daher fordern wir die Einrichtung eines Universitätsbeirates. In anderen Hochschulstädten ist dies bereits gängige und erfolgreiche Praxis.

Der Zugang zu Hochschulbildung (wie bei allen anderen Bildungsformen natürlich auch) darf nicht von der finanziellen Ausstattung des Elternhauses abhängen. Daher setzen wir uns für die Abschaffung der Studienbeiträge ein. Der Universitätshaushalt muss um die Differenz, die durch den Wegfall der Studienbeiträge entsteht, durch das Land ausgeglichen werden.

Die Erreichbarkeit der Universität durch den öffentlichen Personennahverkehr ist durch eine Linienführung über den Campus zu verbessern. Radfahrer sollten über eine (legale) Wegeführung durch den Kurpark schneller und angenehmer die Uni erreichen können. Die Einrichtung einer Solarbahn zwischen Bahnhof und Campus ist zu prüfen.

Auf einen Blick:

- ➔ Verstärkte Kooperation mit der Fakultät für Nachhaltigkeit
- ➔ Erhöhung der Studierendenzahlen
- ➔ Einrichtung eines Universitätsbeirats für eine verbesserte Zusammenarbeit von Region und Universität

- ➔ Abschaffung der Studiengebühren und entsprechende Erhöhung des Universitätshaushalts
- ➔ Einrichtung einer Bus-Linienführung über den Campus und einer neuen Radwegeführung durch den Kurpark

Frühkindliche Bildungschancen verbessern

Als Grüne setzen wir uns dafür ein, dass in den Einrichtungen für Kinder besondere Qualitätsstandards gelten, sowohl bei der Betreuung durch entsprechend qualifiziertes und vor allem ausreichendes Personal, als auch beim Platz und dem Essen für die Kleinsten. Unser Ziel ist es, den Personalschlüssel in den Krippen in einem ersten Schritt auf eine pädagogische Fachkraft für höchstens 5 Kinder zu verbessern. Der Personalschlüssel in Kita-Gruppen für 3- bis 6-Jährige soll auf eine pädagogische Fachkraft für höchstens 10 Kinder verbessert werden. Wir setzen uns dafür ein, den Anteil des männlichen Betreuungspersonals zu erhöhen. Wir setzen uns für die Abschaffung der Gebühren in Krippen und Kindertagesstätten ein.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt Kindern mit Migrationshintergrund, die in fast allen Kindergruppen anteilig wachsen. Die Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen müssen auf die Herausforderung »Integration« vorbereitet, das Angebot weiter ausgebaut und Familien mit Migrationshintergrund ermutigt werden, die Angebote wahrzunehmen und sich an der Elternarbeit zu beteiligen.

Auf einen Blick:

- ➔ Verbesserung des Personalschlüssels: In Krippen max. 5, in Kitas max. 10 Kinder pro Fachkraft
- ➔ MitarbeiterInnen in Schulen und Kitas für die Integrationsförderung ausbilden
- ➔ Familien ermutigen, die Angebote anzunehmen

Ausbau der Krippenplätze

Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz hat »Rot-Grün« ein Bundesgesetz auf den Weg gebracht, das die Betreuungsmöglichkeiten von Kindern unter 3 Jahren und die Betreuung von Schulkindern an Nachmittagen fördern soll. Niedersachsen muss den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz bis 2013 umsetzen: Für eine schnelle Umsetzung des Rechtsanspruchs muss das Land seine Zusagen zur finanziellen Unterstützung des Krippenausbaus endlich einlösen.

Wir treten vor Ort für den weiteren Ausbau von Krippenplätzen ein, wobei dabei besonders die freien Träger berücksichtigt werden sollen. In Lüneburg gibt es eine der ersten integrativen Krippen, die zurzeit als Modellprojekt finanziell unterstützt wird. Im Rahmen der Inklusion muss generell die Möglichkeit geschaffen werden, in allen Krippen integrativ arbeiten zu können.

Wir fordern daher den weiteren bedarfsgerechten Ausbau von Krippenangeboten und die Integration von Horten in bestehende Kitas. Den Kitas sollte die Betreuung von Kindern im Rahmen der verlässlichen Grundschule ermöglicht werden. Dadurch entsteht eine Betreuung aus einem »Guss«, die ein erster Schritt auf dem Weg zu einem anderen Leitbild von Kita ist. Der kontinuierliche Prozess der Inklusion muss dabei weiterentwickelt und umgesetzt werden.

Auf einen Blick:

- ➔ Ausbau der Krippenplätze; vor allem auch durch freie Träger
- ➔ Integratives Arbeiten in allen Krippen ermöglichen
- ➔ Krippe, Kindergarten und Hort als Einheit denken
- ➔ Betreuung in Kitas im Rahmen der verlässlichen Grundschule ermöglichen

Verbesserung der Situation von Kindertagesstätten

Wir setzen uns in Lüneburg dafür ein, dass die im Zuge der Gesetzesänderung freigegebenen Qualitätsstandards für die Kitas nicht zu einer Vergrößerung der Kinderzahl in den Gruppen führen darf: Weiterhin gelten 22 statt 25 Kinder je Gruppe als Höchstzahl. Auch müssen beide Kräfte einer Gruppe Fachkräfte sein, in der Regel mit ErzieherInnenprüfung.

In den städtischen Kitas wurden die Verfügungszeiten der ErzieherInnen gekürzt und der Etat für Fortbildungen nicht der gewachsenen Zahl der Erzieherinnen angepasst. Wir fordern daher eine Erhöhung des Fortbildungsetats für alle Kita- und KrippenmitarbeiterInnen.

Die Stadt Lüneburg könnte mittlerweile zwar jedem Kind ab dem 3. Lebensjahr einen Platz in einer Kita anbieten, dieses Angebot bezieht sich aber nur auf einen Platz in einer Vor- oder Nachmittagsgruppe für jeweils vier Stunden am Tag oder auf einen Betreuungsplatz durch eine Tagesmutter. Die derzeitige Betreuungsquote durch Tagesmütter beträgt in Lüneburg rund 10%.

Eine Erhöhung dieser Quote lehnen wir ab, da eine verlässliche, hochwertige pädagogische Betreuung durch entsprechend qualifiziertes Personal in Kindertagesstätten zielführender ist.

Wir Grüne wollen das Angebot für Kinder unter 3 Jahren so erweitern, dass den Eltern in der Regel ein Platz ihrer Wahl in einer vielfältigen Kindergarten-landschaft angeboten werden kann.

Mit einem einheitlichen Qualitätsmanagement wollen wir Vergleichbarkeit herstellen und in einem im Internet verfügbaren »Kita-/Hort-/Krippenführer« verfügbar machen. Die

2010 eingerichtete zentrale Vergabestelle für Kita-Plätze sollte in Zukunft auch Krippenplätze zentral vergeben.

Auf einen Blick:

- ➔ max. 22 Kinder/Gruppe bei zwei Fachkräften in Kindergärten
- ➔ Fortbildungsetat für ErzieherInnen erhöhen
- ➔ ganztägige Kita-Plätze für alle Kinder ab 3 Jahren
- ➔ Einstellung qualifizierter Fachkräfte, Quote der Tagesmütter nicht erhöhen
- ➔ Ausbau der Vielfalt in der Kindergartenlandschaft
- ➔ einheitliches Qualitätsmanagement einführen
- ➔ Erstellung eines Kita-Hort-Krippenführers
- ➔ Zentrale Vergabe von Kita- und Krippenplätzen

Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche müssen stärker an den politischen Entscheidungen beteiligt werden. Sie müssen ein Forum erhalten, das ihnen ermöglicht, bei den sie betreffenden Projekten mitreden und mitbestimmen zu können. Die Stadtteilhäuser bieten geradezu ideale Voraussetzungen, um Jugendforen vor Ort einen Raum zu bieten. Diese müssen durch professionelle Pädagogen begleitet werden und einen Etat zur freien Verfügung bekommen.

Mehr Raum für Kultur schaffen

Kultur und Bildung gehören auch und gerade in der Kommune zusammen. Breit gestreute Angebote an Kultur bedeuten Lebensqualität. Lüneburg ist nicht zuletzt aus diesem Grund eine Stadt mit großer Anziehungskraft. Daher fördern wir die Kultur vor Ort mit großem Nachdruck in ihrer ganzen Breite.

Die nicht nur finanzielle Unterstützung ist für uns kein Gnadenakt der öffentlichen Hand, sondern eine Verpflichtung.

Wir nehmen den Auftrag des §6 der niedersächsischen Landesverfassung ernst: »Das Land, die Gemeinden und die Landkreise schützen und fördern Kunst, Kultur und Sport.« Gerade uns in Lüneburg mangelt es an ausreichenden Zuschüssen von Land und Bund. Wir setzen uns für eine bessere finanzielle Unterstützung ein.

Denn gleichberechtigt neben der ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit steht für uns die Nachhaltigkeit der Kultur, die möglichst viele Menschen Lüneburgs und der Region auf Dauer mit einbezieht.

Auf einen Blick:

- ➔ breites Kulturangebot erhöht Lebensqualität
- ➔ faire finanzielle Unterstützung der Kultur vor Ort

Unsere konkreten Ziele für Kultur in Lüneburg:

- Umgestaltung der »Alten Bäckerei« zu einem alternativen Kulturzentrum mit Probe- und Lagerräumen, Aufführungs- und Ausstellungsmöglichkeiten – unter Beteiligung der Kulturschaffenden
- Unterstützung des Neubaus der Musikschule auf dem Avacon-Gelände, da das alte Domizil zu klein geworden ist; Umwandlung des alten Musikschulkomplexes zum Kulturtreff im Zentrum
- Zielbewusste Förderung der Kulturschaffenden der Kommune/Region, vom Musizieren, Malen, Schreiben bis zum Theaterspielen, Tanz, Literaturbüro und –verein, etc.
- Verdoppelung der freien Mittel zur Kulturförderung

- Einrichtung eines neutralen Diskussionsforums im Internet, um Ideen, Anregungen, Wünschen und Vorschlägen im kulturellen Bereich eine Plattform zu bieten
- Erhalt des »Kulturforum Wienebüttel« durch feste kommunale Förderung
- Mehr Raum für die »Halle für Kunst« schaffen
- Musikunterricht in Haupt- und Realschulen wieder verbindlich machen
- Erhalt und Subventionierung des Scala-Programmkinos
- Ratsbücherei mit ihren Medien personell ausreichend ausstatten

Unentbehrlich sind auch etwa das »theater e.novum« und die weiteren professionellen Schauspiel-Gruppen außerhalb des Theaters Lüneburg sowie die Amateurbühnen. Wir wollen die Rolle des Theaters Lüneburg als Kulturvermittler für die gesamte Region ausbauen helfen. Die Kooperation mit Kitas, Schulen, Universität sowie Kulturschaffenden gehört für uns zu dessen Aufgaben, ebenso wie das »Bespielen« der Fläche, in den Zentralorten der Kreiskommunen wie Bleckede, Barendorf, Melbeck, Bardowick etc.

Einer historischen Stadt wie Lüneburg steht es gut an, eine lebendige Museumslandschaft zu haben – für die eigene Bevölkerung (Kinder und Erwachsene plus museumspädagogische Anleitung zur Eigenaktivität) sowie nicht zuletzt für den Tourismus. Deshalb begrüßen wir die Erneuerung der Museumslandschaft, die Fürstentum-Museum und Naturmuseum in einem neuen Gebäude zu einem ungewöhnlichen Ausstellungskonzept »NATUR und KULTUR« vereinigt. Unter dem Dach einer Museumsholding – einschließlich Salzmuseum – werden Verwaltung, Organisation sowie Öffentlichkeitsarbeit zusammengefasst.

Den kleinen Museen im Kreisgebiet werden wir anbieten, unter dieses Dach zu schlüpfen. Mittelfristig befürworten wir eine Erweiterung des Salzmuseums, wenn die Finanzen (Zuschüsse) stimmen.

Um die Finanzen für investive Kulturprojekte aufzubessern, werden wir erneut eine Kulturförderabgabe (oder Bettensteuer) von 1,50 Euro pro Übernachtung beantragen, durch die eine Bruttoeinnahme von etwa 375 000 Euro jährlich bei etwa 250.000 Übernachtungen in Lüneburg erzielt werden kann.

Die Nachhaltigkeit von materiellen und ideellen Investitionen im kulturellen Bereich – ein erheblicher Wirtschaftsfaktor – muss gewährleistet, dafür die gegenwärtige Zahl der Kulturschaffenden erfasst werden. Deshalb fordern wir die Entwicklung eines alle Kultursparten übergreifenden Kulturkonzepts »Lüneburger Region« für die nächsten 20 Jahre. Dadurch soll die kulturelle Szene dichter vernetzt werden bis hin zu dauerhaften Kooperationen, die kulturellen Mehrwert bringen.

Auf einen Blick:

- ➔ Schaffung und Erhalt zahlreicher Räume für Kulturschaffende
- ➔ Einrichtung eines Diskussionforums im Internet
- ➔ Kooperation mit Bildungseinrichtungen
- ➔ Bespielen der Region durch das Theater
- ➔ Kulturförderabgabe einrichten
- ➔ Entwicklung eines Kulturkonzepts »Lüneburger Region«

3. Für einen Green New Deal und nachhaltige Finanzen

Arbeit und Wirtschaft

Grüne Wirtschaftspolitik setzt auf den Dreiklang von Innovationen, Ökologie und Marktwirtschaft. Zukunftstechnologien müssen Ressourcen- und energiesparend und ohne Umweltbelastungen sein, denn nur so wird in der Zukunft Wohlstand und Wachstum für alle möglich sein.

Wir wollen Arbeitsförderung, Wirtschafts- und Strukturpolitik auf ökologische Ziele und regionale Entwicklung ausrichten. Dafür müssen die Mittel gezielter als bisher regional gebündelt und die regionalen Institutionen und politischen Zuständigkeiten verknüpft werden. Wir wollen die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, die sich gegen die Zerstörung der natürlichen Ressourcen wendet und Impulse für ein umweltverträgliches Wirtschaftswachstum schafft.

Wir kämpfen für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Lüneburg, der unter einem wachsenden Konkurrenzdruck steht, da eine steigende Zahl von Unternehmen ihre Unternehmenspolitik mit internationaler Perspektive betreibt.

Neben der »Bestandspflege« der ortsansässigen Betriebe und Einrichtungen wird weiterhin die Umsetzung von Ansiedlungspolitik und Existenzgründungsprojekten Schwerpunkt der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik bei uns Grünen sein. Besonders wichtig ist nach unserer Auffassung die Förderung von Aktionsprogrammen für Existenzgründungen und Qualifizierungsmaßnahmen.

Die Förderung zukunftssträchtiger Technologien zur Energiegewinnung und Energieeinsparung steht bei uns ganz oben in der Prioritätenliste. Chancen des Wissens-Transfers insbesondere mit der Universität müssen für unsere Region noch stärker genutzt werden (bspw. durch Vernetzung der Stadt mit dem Innovationsinkubator der Universität durch einen Universitätsbeirat).

Die Innenstadt als Ort der Kommunikation, der Gastronomie und des nachhaltigen Konsums muss im Wettbewerb mit Einkaufszentren auf der »Grünen Wiese« gestärkt werden. Dazu muss die Erreichbarkeit der Innenstadt mit Rad und Bus und die Erlebnisqualität des öffentlichen Raumes durch Parks, Brunnen und Sitzgelegenheiten verbessert werden. In einer City-Offensive soll ein Business Improvement District (BID) eingerichtet werden. Ein BID bietet die Möglichkeit für Ladeninhaber in einem Einkaufszentrum oder einer Ladengalerie, die Gestaltung ihres Außenbereiches gemeinsam zu übernehmen und so die Attraktivität der Innenstadt zu erhöhen. Dies wird den hohen Anteil an Filialisten in der Innenstadt reduzieren, die durch ihr einheitliches Auftreten für eine zunehmende Gesichtslosigkeit und Einförmigkeit der Lüneburger Innenstadt sorgen.

Auf einen Blick:

- ➔ Innovation, Ökologie und Marktwirtschaft bilden Dreiklang
- ➔ umweltverträgliches Wirtschaftswachstum
- ➔ Förderung von Aktionsprogrammen für Existenzgründungen und Qualifizierungsmaßnahmen
- ➔ Wissens-Transfer bei der Förderung zukunftssträchtiger Technologien besser nutzen
- ➔ Innenstadt durch City-Offensive stärken: Einrichtung eines Business Improvement Districts

Niemand ist überflüssig!

Erwerbsarbeit ist eine wesentliche Grundlage für die eigenständige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Arbeitslosigkeit in unserer Region verpflichtet alle politisch Handelnden zu verstärkten Anstrengungen in der lokalen Wirtschaftspolitik und zur Ausschöpfung aller Möglichkeiten kommunaler Beschäftigungsförderung. Grüne Kommunalpolitik wendet sich gegen soziale Ausgrenzung von Arbeitslosen und engagiert sich für eine solidarische Politik in Lüneburg, die auch Stadtquartiere mit besonderen sozialen Belastungen im Blick behält.

Um Arbeitsplätze zu sichern und schaffen, sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Für den Einstieg und für Übergänge sind für die Betroffenen sinnvolle Beschäftigungen und Qualifikationsmöglichkeiten zu schaffen.
- Für Jugendliche mit persönlichen und sozialen Schwierigkeiten müssen spezielle Ausbildungsprojekte aufgelegt werden, die pädagogisch begleitet werden.
- Initiativen zur Beratung von Arbeitslosen und ALG2-EmpfängerInnen müssen finanziell und ideell unterstützt werden.
- Aktive Unterstützung bei der Wiedereingliederung von Frauen in das Berufsleben nach der so genannten Familienphase.

Auf einen Blick:

- ➔ Soziale Ausgrenzung von Arbeitslosen vermeiden
- ➔ Solidarisches politisches Handeln bei Stadtquartieren mit besonderen sozialen Belastungen
- ➔ Verstärkte Unterstützung von Arbeitsuchenden

Green New Deal

Ökologie und Ökonomie gehören zusammen, denn die Umstellung unserer Wirtschaftsweise und der Produktion auf Nachhaltigkeit schafft Innovation und neue Jobs. Kein anderer Wirtschaftssektor hat in den vergangenen Jahren so viel positive Effekte für den Arbeitsmarkt gehabt wie der Klimaschutz. Und dies nicht nur in den Unternehmen, die Umwelttechnologien produzieren, sondern auch und gerade in den angrenzenden Produktionsketten und dem Handwerk.

Daher setzen wir Grüne auf eine konsequente Umsetzung des Green New Deal auf kommunaler Ebene. Wir sehen die aktuellen Herausforderungen als Chance, die Wirtschaft vor Ort durch Grüne Konzepte nachhaltig zu stärken. Die Kommunen sind dazu angehalten, diesen Prozess aktiv mit zu gestalten. Bei der Wirtschaftsförderung muss der Bereich des Klimaschutzes und der Umwelttechnologien konsequent ausgebaut werden. Es gilt, die in diesem Sektor handelnden AkteurlInnen zusammen zu bringen und Kooperationen zu schaffen und zu fördern.

Auf einen Blick:

- ➔ ökologisches und ökonomisches Handeln bedingen einander
- ➔ Ausbau der Wirtschaftsförderung in den Bereichen Klimaschutz und Umwelttechnologie
- ➔ Kooperationen schaffen und fördern

Finanzen auf gesunde Füße stellen

Demokratie beginnt vor Ort – sie kann aber nur stattfinden, wenn vor Ort auch gestaltet werden kann. Wir fordern daher eine angemessene und gerechte finanzielle Ausstattung der Kommunen.

Bei der Einkommenssteuer sollen die Einnahmen - die zum Teil auch den Kommunen zufließen - erhöht werden, indem der Spitzensteuersatz angehoben und das Ehegattensplitting so weit wie möglich abgeschmolzen wird. Entscheidend ist auch eine Entlastung der Kommunen von den gesamtgesellschaftlichen Kosten der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, aus deren Finanzierung der Bund sich in den letzten Jahren sukzessive zurückgezogen hat. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer wollen wir steigern, indem wir sie zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer mit einer verbreiterten Bemessungsgrundlage durch die verstärkte Hinzurechnung von Zinsen, Mieten, Pachten, Leasingraten, Lizenzen und die Einbeziehung von FreiberuflerInnen weiterentwickeln.

Das führt zu einer Verstetigung der Einnahmen zu fairen Wettbewerbsbedingungen. Wir halten es für richtig, dass die örtliche Wirtschaft sich weiterhin an den Kosten der kommunalen Daseinsvorsorge beteiligt und dabei auch die FreiberuflerInnen ihren Anteil dazu beitragen. Die zusätzlichen FAG-Mittel (FAG = Finanzausgleichsgesetz) müssen gesetzlich fixiert, insbesondere als jährliches Budget für eine Altschuldenregelung zur Verfügung stehen.

Die Kommunen müssen ihre Ausgaben kritisch auf den Prüfstand stellen, jedoch zugleich in ihre Zukunft investieren. Das Land muss für alle nachhaltigen Investitionsmaßnahmen wie zum Beispiel energetische Gebäudesanierungen von Schulen und Kitas weiterhin Kreditaufnahmen ermöglichen.

Zum Erhalt der Zukunftsfähigkeit gehört jedoch auch, die eigene Steuerungsfähigkeit nicht wegzusparen. Zahlreiche kommunale Beispiele belegen, dass die öffentliche Hand politische Handlungsmöglichkeiten verliert, wenn Aufgaben der Kommune in privatrechtlich organisierte und orientierte Unternehmen ausgelagert werden. Bei Abfallwirtschaft, sozialem

Wohnungsbau und Klinikum kann die Hansestadt Lüneburg effizient und sorgfältig wirtschaften. Auch die Wasser- und Energieversorgung muss wieder in kommunale Hände: Wir wollen die vielfältigen Dienstleistungen der Stadtverwaltung von der Müllabfuhr über die Gesundheitsversorgung bis zu sozialen Angeboten - erhalten, sichern und ausbauen. Wir setzen uns für die Abschaffung der Gebühren in Krippen und Kindertagesstätten ein. Neoliberalen Privatisierungstendenzen erteilen wir eine klare Absage, denn wir wollen die Chancen für mehr kommunale Wirtschaft weiter steigern.

Grüne stehen für eine Politik, die die Bürgerinnen und Bürger direkt mit einbezieht. Denn schließlich geht es um die Ausstattung und Weiterentwicklung ihres direkten Lebensumfeldes. Es geht um ihre Kommune, um ihre Infrastruktur und ihre sozialen und kulturellen Angebote. Daher setzen wir Grüne uns für partizipative Angebote entsprechend der Grundidee eines BürgerInnenhaushalts ein. Die Lüneburger Bürgerinnen und Bürger sollen auch über die Bauleitplanung abstimmen dürfen, ein zulässiger BürgerInnenentscheid muss aufschiebende Wirkung haben. Die hohen Beteiligungsquoten müssen abgesenkt werden.

Auf einen Blick:

- ➔ Breitere Bemessungsgrundlage für die kommunale Wirtschaftssteuer
- ➔ FAG-Mittel fixieren
- ➔ Steuerungsfähigkeit erhalten durch gezielte Privatisierung
- ➔ Einrichtung eines BürgerInnenhaushalts
- ➔ Senkung der Beteiligungsquoten für BürgerInnenentscheide

4. Soziale Teilhabe – kommunal gestalten

Die Hansestadt Lüneburg hat als Kommune die Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger zu gestalten.

Daher ist die Entscheidung darüber wichtig, wie gemeinsam in unserer Stadt gelebt, wie das Miteinander organisiert, wie der demografische Wandel als Herausforderung angenommen und wie das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Verwaltung und Politik gestaltet wird. Wir Grüne stehen für eine transparente und bürgerInnennahe Kommunalpolitik, in der Partizipation gelebt wird, weil sie den Gemeinsinn fördert und stärkt.

Kommune heißt Miteinander und Füreinander

Jedes Stadtquartier ist so lebendig, wie die Menschen, die das Leben vor Ort gestalten. Daher ist bürgerschaftliches Engagement für die Gestaltung des Alltags unverzichtbar. Von Nachbarschaftshilfe über Kinder- oder Seniorenbetreuung, Vereine, Verbände und Kulturinitiativen: Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer erhalten viele Angebote aufrecht, die sonst schon längst abgeschafft wären. Als Partei, die selbst aus der BürgerInnenbewegung hervorgegangen ist, unterstützen wir Grüne dieses freiwillige Engagement und treten dafür ein, dass solche Strukturen fördernd und unterstützend wirken.

Es gibt Sozialverbände, die bereits Anlaufstellen anbieten; dennoch darf sich Politik nicht aus der Verantwortung stehlen und alle freiwilligen Leistungen auf Ehrenamtliche delegieren. Die kommunale Daseinsvorsorge umfasst neben wirtschaftlichen auch soziale und kulturelle Dienstleistungen, die entsprechend finanziert werden müssen. Es werden nach wie vor viel zu wenig Finanzmittel für Projekte des bürgerschaftlichen Engagements in den Haushalt eingeplant.

Die meisten dieser Projekte werden über landes-, bundes- oder gar europäische Zuschüsse finanziert. Diese Geldquellen versiegen aber immer meist genau dann, wenn sie erfolgreich angelaufen sind. Ist die fortlaufende Finanzierung nicht mehr gegeben, werden viele sinnvolle Projekte wieder beendet.

Insbesondere interkulturelle Projekte, die das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen und Religionen fördern, geschlechtsspezifische Präventionsarbeit, das Bündnis für Demokratie/ Netzwerk gegen Rechtsextremismus oder unsere Kulturvereine brauchen die Unterstützung unserer Stadt.

Erfolgreiche und vielerorts etablierte Projekte, die durch das Programm »Soziale Stadt« gefördert wurden, stehen nun vor dem Aus, weil die schwarz-gelbe Bundesregierung die nichtinvestiven Mittel des Städtebauförderungsprogramms um 70% gekürzt hat. Vor dem Hintergrund der aktuellen Integrationsdebatten und der zunehmenden sozialen Spaltung in unseren Städten ist dies nicht hinnehmbar. Deshalb begrüßen wir den Eintritt Lüneburgs ins »Bündnis Soziale Stadt«, das sich Mitte Januar 2011 gegründet hat.

Auf einen Blick:

- ➔ Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements
- ➔ Förderung interkultureller Projekte

Soziale Konfliktlagen und gesellschaftliche Ungleichheit

Das Auftreten von Kriminalität, Gewalt und Sucht kann man nur kurzfristig mit Kontrollen, Sanktionen und Repressionen vermindern, aber nicht nachhaltig verhindern. Daher fördern wir Grüne den Erhalt und Auf- und Ausbau präventiver Konzepte und fordern Maßnahmen, die die Ursachen bekämpfen. Dazu gehören der Abbau von Benachteiligungen in allen gesellschaftlichen Bereichen und die Unterstützung bei der Bewältigung von individuellen und gruppenspezifischen Problemlagen.

Mögliche Problemlagen müssen frühzeitig erkannt werden, um sie durch geeignete Maßnahmen entschärfen zu können. Grundlegend dafür ist eine umfassende Kenntnis von Veränderungen der finanziellen Lage der Bürgerinnen und Bürger in Lüneburg. Nur dann können politische Entscheidungen vor allem in Hinsicht auf die Stadtentwicklung positiv auf die Stadtgesellschaft wirken. Deshalb fordern wir seit Jahren eine umfassende Armuts- und Reichtumsberichterstattung.

Soziale Ausgrenzung und Armut bedingen einander. Die Probleme von Alleinerziehenden, Erwerbslosen, jungen Menschen und Menschen mit Beeinträchtigung bedürfen besonderer Beachtung. Die Begleitung, Betreuung und Beratung sind für unser Gemeinwesen ebenso wichtig wie die Schaffung von Wegen aus der Erwerbslosigkeit und von neuen Qualifizierungsmöglichkeiten. Es kann nicht sein, dass Menschen, die hoffnungslos überschuldet sind, 6 Monate auf ihre Schuldnerberatung warten müssen. Vielmehr muss die Beratung so ausgebaut werden, dass es gar nicht erst zu Überschuldungen kommt. Hier bedarf es erheblicher Verbesserungen.

Auf einen Blick:

- ➔ Erhalt, Auf- und Ausbau präventiver Konzepte
- ➔ Armuts- und Reichtumsberichterstattung

- ➔ Förderung der Begleitung, Betreuung und Beratung von Menschen in Problemlagen
- ➔ Ausbau der Schuldnerberatung

Klinikum

Wir wollen das Städtische Klinikum Lüneburg nach der Leitlinie der WHO in ein »Gesundheitsförderndes Krankenhaus« umwandeln. Damit soll die Gesundheitsversorgung für die Region auf einem hohen Niveau gehalten werden. Die Verpflegung in den einzelnen Kliniken soll schrittweise auf Ökoprodukte aus der Region umgestellt werden. Wir Grüne lehnen einen Verkauf und eine Privatisierung des Klinikums ab.

Auf einen Blick:

- ➔ Gesundheitsförderndes Krankenhaus
- ➔ Verpflegung durch Ökoprodukte aus der Region

Eine ökologische Stadt für alle Generationen

Wir verstehen Altenpolitik als generationenübergreifend und als Querschnittsaufgabe durch alle Lebens- und Politikbereiche des Gemeinwesens. Darum setzen wir uns ein für gute Lebensbedingungen, gerechte Bildungschancen und ausgeglichene soziale Beziehungen für alle Menschen, also für die Zufriedenheit aller Generationen – vom Säugling bis zum Greis und zur Greisin! Wir begreifen den demografischen Wandel als Erneuerungschance und die alten Menschen als Bereicherung für unser Gemeinwesen.

Ältere Menschen müssen ein selbst bestimmtes Leben führen und intensiv am Leben der Gemeinde teilhaben können. Die dafür notwendigen bedarfsgerechten Wohn- und Versorgungsstrukturen wollen wir durch einen quartiersbezogenen, kleinräumigen Planungsansatz schaffen. Erwünscht ist dabei ein aktivierendes Wohnumfeld, das Freizeitangebote, Geschäfte und grüne Räume auf kurze Entfernung umfasst.

Es müssen also:

- altengerechter Wohnraum und Wohnquartiere geschaffen werden (in Zusammenarbeit mit der LüWoBau)
- gemischte Generationsstrukturen in allen Wohngebieten etabliert werden
- altengerechte Wohnquartiere gestaltet werden

Außerdem wollen wir das Verhältnis der Generationen produktiv, gerecht und solidarisch gestalten, um so der Trennung der Generationen entgegenzuwirken, denn Partizipation stärkt das Interesse am Gemeinwesen. Hierbei geht es vor allem darum, die Erfahrungen und Kenntnisse der Alten zum Nutzen der Stadtgesellschaft zu aktivieren.

Folgende Maßnahmen wären sinnvoll:

- Langfristige finanzielle und personelle Sicherung des Seniorservicebüros
- Mehr Einfluss des Seniorenbeirats bei politischen Entscheidungen
- Sicherung und Ausbau der Stadtteilhäuser
- Verbesserung der Mitsprachemöglichkeiten z.B. beim ÖPNV
- Ausweitung des Bildungsangebots in den Stadtteilen
- altengerechte Stadtplanung

Im Alter wird der Bewegungsradius kleiner. Dadurch werden die Erreichbarkeit zu Hause, soziale Netzwerke und der Internetzugang wichtiger. In der Verkehrspolitik orientieren wir uns daher am Modell der »Stadt der kurzen Wege«, das meint: Vermeidung von Angst, Gewährleistung von Ruhe und Langsamkeit und die Schaffung von Rückzugsmöglichkeiten.

Wir fordern daher:

- Im Stadtgebiet Tempo 30 (außer auf Hauptverkehrsstraßen)
- barrierefreie Bürgersteige
- längere Ampelgrünphasen für FußgängerInnen
- Reduzierung des innerstädtischen Autoverkehrs
- Aufstellen von mehr Ruhebänken und anderen Sitzgelegenheiten
- Schaffung von zusätzlichen Erholungsflächen pro Quartier
- nähräumliche Versorgungsangebote für Güter des täglichen Bedarfs
- altengerechte Ausstattung von Geschäften, Banken und öffentlichen Einrichtungen

Auf einen Blick:

- ➔ Schaffung altengerechter Wohnquartiere
- ➔ Verbesserte Inklusion älterer Menschen in das Gemeinwesen
- ➔ Verkehrspolitisches Modell der ‚Stadt der kurzen Wege‘
- ➔ Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr

Wir Grüne wollen die Pflege in die Mitte unserer Gesellschaft holen. Pflege ist Teil des Lebens, nicht die »Endstation«. Unser Ziel ist es, langfristig nicht mehr zwischen ambulanter und stationärer Pflege zu unterscheiden. Wir streben an, mit einem individuellen Pflege- und Hilfe-Mix aus bedarfsgerechten und vor allem bezahlbaren Angeboten die Qualität der Pflege durch mehr Transparenz und durch die Einbeziehung der Betroffenen zu verbessern. Wir brauchen wohnortnahe und interessenunabhängige Angebote zur Beratung und Begleitung. Ein solches Hilfenetz muss vor Ort geknüpft werden.

Damit es hält, müssen alle im Sinne der Pflegebedürftigen und ihrer Bezugspersonen zusammenarbeiten:

- Förderung der Beratungsangebote für gesunden Lebenswandel
- Stärkung der Rechte von Patientinnen und Patienten
- Stärkung der Rechte und Interessen von pflegenden Angehörigen
- Bessere Vernetzung von informeller und professioneller Pflege
- Dezentrale, quartiersbezogene medizinische Versorgung
- Stärkung der Interessen und Förderung der Ausbildung des Pflegepersonals

Der Umgang mit Sterben und Tod sollte für den alten Menschen, aber auch für die Gesellschaft, ein selbstverständlicher Teil des Lebens sein. Die Themen Sterben und Tod dürfen nicht aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt werden, sondern sollten viel stärker als bisher offen und öffentlich diskutiert werden.

Wir fordern die:

- Förderung der Hospizbewegung
- Verbesserung der Beratungsangebote zur Sterbevorsorge
- Schaffung eines Friedhains auf dem Waldfriedhof

Auf einen Blick:

- ➔ Wohnortnahe, interessenunabhängige und vielfältige Pflegeangebote
- ➔ Sterben und Tod als Teil des Lebens begreifen und den Umgang damit offener gestalten

Gleichberechtigung aktiv durchsetzen!

Der statistische Anteil von Frauen in Führungspositionen und wichtigen Entscheidungsgremien ist nach wie vor zu gering. Die Arbeitsmarktsituation von Frauen muss in der privaten Wirtschaft dringend verbessert werden. Wir Grüne fordern daher neben einer proaktiven Personalpolitik eine gezielte Personalentwicklung in der Stadtverwaltung.

Wir Grüne fordern deshalb:

- Die Erstellung von regional- und branchenbezogenen Berichten und Analysen, in den die qualitativen und quantitativen Auswirkungen auf die Beschäftigung von Frauen ausgewiesen werden.
- Die Einrichtung und Unterstützung von »Frauengewerbezentren«.
- Die Vergabe öffentlicher Aufträge muss mit der Verpflichtung zu frauenfördernden Maßnahmen verbunden sein.

Die kommunalen Wirtschaftsförderprogramme müssen Gendermainstreaming in den Katalog der Förderkriterien aufnehmen. Frauen sollen außerdem vermehrt in die Politik einbezogen werden, indem sie als Gremienvertreterinnen und als beratende Mitglieder in Fachausschüsse gewählt werden. Ihr gesellschaftlicher Beitrag soll darüber hinaus verstärkt öffentlich anerkannt werden, indem beispielsweise neue Straßen und Plätze zu mindestens 50% nach Frauen benannt werden. Eine Zertifizierung der städtischen Verwaltung zu einem familienfreundlichen Betrieb wird angestrebt.

Bei der Anwerbung von Firmen ist darauf zu achten, dass qualifizierte Arbeitsplätze für Frauen geschaffen werden.

Auf einen Blick:

- ➔ Aktive Verbesserung der Stellung der Frauen in der Privatwirtschaft
- ➔ Öffentliche Aufträge nur an Unternehmen, die sich zu frauenfördernden Maßnahmen verpflichten
- ➔ Mehr Frauen in Führungspositionen in der Stadtverwaltung
- ➔ Wirtschaftsförderung für Frauen
- ➔ Neue Straßen und Plätze nach Frauen benennen

Lebendige Demokratie beginnt vor Ort

Eine starke Demokratie lebt von der Einmischung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Grüne machen sich stark für mehr Beteiligung, mehr Transparenz und mehr Demokratie mit dem Ziel, eine selbstbewusste demokratische Kultur des Mitgestaltens zu etablieren.

Wir stehen für die demokratische Teilhabe in einer offenen, pluralistischen Gesellschaft, in der unterschiedliche Lebensformen Platz haben. Mit der Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden wollen wir die direkten Beteiligungsmöglichkeiten in den Kommunen ausbauen, denn in der Kommune ist die Einflussmöglichkeit der einzelnen Bürgerinnen und Bürger am größten.

Teilhabe setzt freie und frühzeitig verfügbare Informationen zu Entscheidungsprozessen voraus. Alle Einladungen, Ankündigungen und andere Veröffentlichungen sollen dazu so früh als möglich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Kommunen sollen Informationsfreiheitssatzungen aufstellen und damit den Bürgerinnen und Bürgern zumindest in ihrem eigenen Wirkungskreis volle Akteneinsicht gewähren.

Zusätzlich zu Amtsblatt, Zeitung oder Aushang sollten Informationen auch in digitaler Form verbreitet werden, um mehr Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu verschaffen. Jede Kommune braucht eine barrierefreie Internetpräsenz.

Auf einen Blick:

- ➔ BürgerInnenbeteiligung stärken
- ➔ Informationspolitik verbessern

Vielfalt und Weltoffenheit in der Kommune

Integrationspolitik vor Ort zu gestalten ist eine Schlüsselaufgabe für die Zukunft. Integrationspolitik darf nicht länger defizitär gedacht werden. In Zeiten der Europäisierung und Globalisierung stellen Interkulturalität und Mehrsprachigkeit eine Bereicherung dar, die wir konsequent anerkennen und nutzen wollen. Da fortwährend NeuzuwanderInnen nach Deutschland kommen, verstehen wir Integration als anhaltenden und dynamischen Prozess. Wir Grüne stehen für ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in unserem Land, ermöglicht durch soziale Chancengleichheit und in kultureller Selbstbestimmung.

Die Erfolge und Probleme im Zusammenleben werden im Stadtteil direkt spürbar. Dies gilt gerade dann, wenn sich sozial benachteiligte MigrantInnen räumlich auf bestimmte Stadtteile und Quartiere konzentrieren. Die dort zum Teil bestehenden Probleme haben aber weniger mit der Herkunft als vielmehr mit einem Mangel an Bildung und Aufstiegschancen

zu tun. Gerade diese Gebiete müssen daher gezielt in den Fokus integrations- und sozialpolitischer Maßnahmen gerückt werden, damit sie nicht zur Sackgasse für die Bewohnerinnen und Bewohner werden.

Deshalb müssen gerade Schulen in benachteiligten Stadtteilen pädagogisch besonders attraktiv und personell gut ausgestattet sein. Das Programm ‚Soziale Stadt‘ für den Stadtteil Kaltenmoor muss in vollem Umfang fortgeführt werden.

Auf einen Blick:

- ➔ NeuzuwanderInnen soziale Chancengleichheit und kulturelle Selbstbestimmung ermöglichen
- ➔ Programm ‚Soziale Stadt‘ im Stadtteil Kaltenmoor fortführen

Willkommen in Deutschland

Die Einbürgerungszahlen sind sehr niedrig. Deutschland nimmt es in Kauf, dass das vorhandene Einbürgerungspotenzial im Land kaum ausgeschöpft wird. Wir Grüne werben verstärkt für die Einbürgerung von ZuwanderInnen. Das bestehende Interesse an den Integrationskursen fördern wir durch deren angemessene Ausstattung, so dass alle KursteilnehmerInnen einen Platz erhalten und den Kurs erfolgreich abschließen können.

Als Grüne stehen wir dafür ein, allen EinwandererInnen die Integration in Deutschland zu ermöglichen. Wir unterstützen kommunale Bündnisse in Niedersachsen, die drohende Abschiebungen jener Menschen verhindern, welche Deutschland als ihr Zuhause betrachten und fordern eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung und eine sichere

Zukunftsperspektive für diese Menschen. Unrechtmäßige Abschiebungsbestrebungen gab es auch in der Hansestadt Lüneburg. Diese müssen publik gemacht werden, damit die Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt werden, diesen Bestrebungen entgegenzutreten.

Auf einen Blick:

- ➔ Einbürgerungen verstärken
- ➔ Integrationskurse qualitativ und quantitativ ausbauen
- ➔ Stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelungen
- ➔ Unrechtmäßige Abschiebungsversuche verhindern und öffentlich kommunizieren

Statt halbherziger Symbolpolitik echte Teilhabe ermöglichen

Das Fundament der Teilhabe ist die gemeinsame Wahl einer kommunalen Vertretung aller Menschen, die in einem Gemeinwesen leben. Deshalb fordern wir erleichterte Einbürgerungsbedingungen und das kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-BürgerInnen. Hier in Lüneburg wurde durch uns per Resolution schon das kommunale Wahlrecht für Alle eingefordert. Auch Menschen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, hier aber schon länger leben, sollen zumindest auf kommunaler Ebene wählen dürfen.

Wir Grüne setzen uns für die Entwicklung und Umsetzung von kommunalen Integrationskonzepten ein. Diese sollen im Dialog mit den Beiräten, mit MigrantInnenorganisationen, Wohlfahrtsorganisationen und den TrägerInnen interkultureller und sozialer Projekte entwickelt werden.

Teilhabe bedeutet auch das Nicht-Ausgeschlossen-Sein vom Arbeitsmarkt. Die Stadt kann hier einen Beitrag leisten, indem sie weiterhin aktiv die systematische Öffnung der Verwaltung für Menschen mit Migrationshintergrund betreibt.

Dazu gehören auch interkulturelle Schulungen für die Verwaltungen. Schutz vor Diskriminierung darf nicht nur auf dem Papier stehen: Der von der OECD nachgewiesenen Diskriminierung von MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland müssen Politik und ArbeitgeberInnen aktiver entgegenreten.

Auf einen Blick:

- ➔ Erleichterte Einbürgerung
- ➔ Kommunales Wahlrecht für Alle
- ➔ Integrationskonzepte entwickeln und umsetzen
- ➔ Aktive Öffnung der Verwaltung für Menschen mit Migrationshintergrund

Eine starke Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Das Engagement gegen Rechts ist für uns kein Konjunkturthema, sondern kontinuierlicher grundlegender Bestandteil unserer politischen Arbeit. Wir wollen ein gesellschaftliches Klima der Anerkennung, Toleranz und Fairness, das dem Rechtsextremismus den Boden entzieht. Das betrifft nicht nur Nazis, sondern auch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung in der so genannten Mitte der Gesellschaft.

Das wirkungsvollste Mittel gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist eine starke, demokratische Zivilgesellschaft. Das lokale »Bündnis für Demokratie/ Netzwerk gegen Rechtsextremismus« benötigt größtmögliche Unterstützung. Wir brauchen eine lebendige Erinnerungskultur, die über die Shoa und den Nationalsozialismus aufklärt und daraus Lehren für die Gegenwart und die Zukunft zieht. Genau diese Arbeit übernimmt das Bündnis in Lüneburg.

Wir Grüne werden uns dabei prinzipiell nicht an Bündnissen beteiligen, die undifferenziert gegen »Links- und Rechts-extremismus« oder gegen »jeden Extremismus« im Allgemeinen aufgestellt werden, da wir hierin eine gefährliche Gleichsetzung von Rechts und Links und damit eine Verharmlosung von Neonazi-Gewalt und Menschenfeindlichkeit in der so genannten Mitte der Gesellschaft sehen!

Wir Grüne fordern ein offensives Auftreten der Stadt gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und rechtsextreme Tendenzen. Die Stadt muss rechtsextremistische Propaganda konsequent und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln unterbinden und den rechtsextremen Aufmärschen Einhalt gebieten.

Unseren Protest gegen Nazis, Geschichtsrevisionismus, Rassismus und Antisemitismus zeigen wir auch auf der Straße und wir werden uns weiterhin mit Demonstrationen und friedlichen Blockaden rechtsextremen Kundgebungen und Aktionen entgegenstellen.

Auf einen Blick:

- ➔ Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzungen aktiv bekämpfen
- ➔ Bündnis für Demokratie/ Netzwerk gegen Rechts unterstützen

Jede Stimme für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt unsere Forderungen und trägt dazu bei, dass Lüneburg in Zukunft grüner werden kann:

ES IST IHRE WAHL!